



GEMEINDE MEISSENHEIM OT KÜRZELL

BEGRÜNDUNG

BEBAUUNGSPLAN ' LÄRMSCHUTZWALL ' **entlang der BUNDESAUTOBAHN A 5**

I. ERFORDERNIS DER PLANAUFSTELLUNG

Die Gemeinde Meißenheim ist mit ihrem Ortsteil Kürzell unmittelbar an der BAB 5 gelegen. Die Wohnbebauung reicht stellenweise bis auf 50 m an die Autobahn heran, das Ortszentrum liegt etwa 500 m entfernt. Die zur Zeit 4-spurig ausgebaute, stark frequentierte Autobahn verläuft etwa 2 m erhöht gegenüber dem angrenzenden Gelände. Die Geräuschemissionen sind Tag und Nacht im Ort zu hören. Die Lebensqualität der Bewohner ist seit Jahren deutlich beeinträchtigt, die Attraktivität des Ortes als Wohnstandort geht stetig zurück. Bezüglich der Infrastruktur sind bereits Abwanderungstendenzen zu verzeichnen.

Als Prognosewert für das Jahr 2015 wird in der "Lärmuntersuchung Kürzell" des Landesamtes für Straßenwesen eine Belastung mit 72.000 Kfz in 24 h genannt, mit einem Lkw-Anteil von tagsüber 25 % und 35 % in der Nacht.

Der im Rahmen eines Lärmschutzgutachtens ermittelte Beurteilungspegel in dB(A) erreicht den für die Lärmsanierung an bereits bestehenden Straßen maßgebenden Immissionsgrenzwert nicht. Es besteht daher keine Aussicht auf Erfolg, zum jetzigen Zeitpunkt beim Straßenbaulastträger einen Anspruch auf Maßnahmen zur Reduzierung der Autobahnlärmwirkung geltend zu machen. (vgl. Gutachten Rink, 2002).

Der 6-spurige Ausbau der Autobahn ist im betroffenen Abschnitt im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003 für den vordringlichen Bedarf angemeldet worden. Im Fall des Ausbaus jedoch muss der Straßenbaulastträger für das Ergreifen lärmschutztechnischer Maßnahmen im Sinne einer Lärmvorsorge aufkommen. Der hierfür maßgebliche Richtwert ist zudem niedriger, als der Richtwert, der an bestehenden Straßen anzuwenden ist.

Die Gemeinde hat sich intensiv darum bemüht, seitens des Straßenbaulastträgers eine vorgezogene Realisierung des Lärmschutzes, bzw. die Möglichkeit zur Vorfinanzierung durch die Gemeinde zu erreichen. Dies ist jedoch nicht möglich. Vor dem Hintergrund eines letztlich ungewissen Zeithorizonts und um den negativen Entwicklungstendenzen im Ort entgegen zu steuern, hat sich die Gemeinde dazu entschlossen, selbst Abhilfe zu schaffen.

Es ist geplant, im Rahmen eines "Betreibermodells" einen Lärmschutzwall auf einer Strecke von ca. 1500 m zu schütten. In diesem Zusammenhang ist die Verlegung und Renaturierung der teilweise dicht an der Autobahn entlangfließenden Unditz auf einer Länge von ca. 250 m vorgesehen.

Der Bebauungsplan bildet die Voraussetzung zur Durchführung des 'Vorhabens im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes' auf der Grundlage des Bundesbaugesetzes, sowie für Maßnahmen zur Bodenordnung nach § 45 u.f. BauGB.



II. PLANUNGSVORGABEN

1. Flächennutzungsplanung

Der zur Zeit in der Aufstellung befindliche Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Schwanau-Meißenheim kennzeichnet in der Fassung zur Offenlage (Stand: Februar 2003) das Plangebiet als "Fläche für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§ 5 Abs.2 Nr.6 u. Abs.4 BauGB), so dass der jetzt vorliegende Bebauungsplanentwurf aus dem FNP entwickelt ist und somit dem § 8 (2) des BauGB entspricht.

2. Landschaftsplanung

Im parallel zum Flächennutzungsplan erstellten Landschaftsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Schwanau-Meißenheim (Stand: Februar 2003) wird der größte Teil der jetzt zu überplanenden Fläche als Acker- und Grünland ohne besondere Maßnahmenfestsetzung ausgewiesen.

Im Bereich der geplanten Untitzverlegung sind "Flächen für Maßnahmen zur Entwicklung von Naturhaushalt und Landschaft / Erhöhung des Grünlandanteils" vorgesehen. Der Maßnahmenvorschlag steht der mit der geplanten Untitzverlegung einhergehenden Renaturierung nicht entgegen.

III. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die rechtlichen Grundlagen bilden das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl I S. 2141), zuletzt geändert am 13.09.2001(BGBl. I S. 2376), die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG v. 22.4.1993 (BGBl. I S. 466), das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 25.03.2002, die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO -BW) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617)

IV. DERZEITIGE SITUATION

1. Abgrenzung

Das Plangebiet grenzt im Südosten direkt an die Autobahn A5 an. Es verläuft parallel in einem Korridor von 40 m Breite im Bereich zwischen der Rampe der Überführung L 118 im Norden (km 710+270) und dem Wirtschaftsweg auf Grundstück 5392 im Süden (km 711+820). Im Bereich der geplanten Untitzverlegung (km 711+280 bis 711+540) ist der Geltungsbereich nochmals um ca. 40 m nach Nordwesten aufgeweitet.

2. Nutzung

Das betreffende Gebiet wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Es handelt sich vor allem um Ackerflächen, sowie zum geringeren Teil um Grünland mit einzelnen Obstbäumen. Das Gelände ist weitgehend eben und steigt nur leicht in Richtung Süden an.

In einem Teilbereich fließt derzeit die Unditz, deren Lauf hier verlegt werden soll. Dort befindet sich auch ein landwirtschaftliches Nebengebäude, das abgerissen werden muss, wenn die Unditz verlegt wird.

3. Fließgewässer

Die Unditz (Gewässer II.Ordnung) verläuft streckenweise nur wenige Meter von der Autobahn entfernt. Ihr Ufer ist im betroffenen Abschnitt schütter gehölzbestanden.

Sie ist insgesamt als "Regional bedeutsames Biotop (C)" vom Regionalverband Südl. Oberrhein 1988 erfasst worden. Darüber hinaus ist sie Bestandteil des FFH-Gebietes 715-302 "Untere Schutter".

Im Jahr 2000 wurde im Auftrag des Zweckverbandes Hochwasserschutz Schuttermündung ein Gewässerpflege- und Entwicklungsplan für die Unditz erstellt. Er sieht im betroffenen Gewässerabschnitt die Entfernung gebietsfremder Gehölzarten sowie die Förderung standortheimischer Arten vor. Darüber hinaus schlägt er zur Schaffung einer naturnahen Gewässerstruktur die Neuanlage mehrerer gewundener Gewässerstrecken vor.

Diese aus gewässerökologischer Sicht sinnvolle Aufwertung ist im Zuge der hier ohnehin notwendigen Unditzverlegung realisierbar.

Träger dieses Vorhabens ist der Zweckverband Hochwasserschutz Schuttermündung.

4. Grundwasser Messstelle 107/066-2 (3101 Kürzell 3)

Mittlerer Grundwasserstand : ~ 151,14 m ü. NN

Höchster Grundwasserstand : ~ 152,84 m ü. NN (Zeitraum 1990 bis 2002)

Geländehöhe : ~ 153,01 m ü. NN

Im Bereich des geplanten Lärmschutzwalles sind hohe Grundwasserstände zu erwarten.

Um den Schutz des Grundwassers zu gewährleisten sind gemäß den technischen Regeln der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA 2003), sowie in Abstimmung mit dem Landratsamt Ortenau bestimmte Auflagen bei der Schüttung des Lärmschutzwalles zu beachten. Diese richten sich nach den Schadstoffgehalten im angelieferten Material.

Es ist in jedem Fall eine unbelastete Deckschicht von mind. 1m über dem höchsten Grundwasserstand einzubringen, um den erforderlichen Mindestabstand zum Grundwasser herzustellen. Je nach Zuordnungswert des einzubauenden Materials muss die Deckschicht noch verstärkt werden. Näheres dazu wird unter V.2 erläutert.

Um die gegebenenfalls nötige Überdeckung festlegen zu können, sind genaue Kenntnisse über den Grundwasserstand notwendig. Da die oben genannte stationäre GW-Messstelle etwas außerhalb des Plangebietes liegt, sind in Absprache mit dem Landratsamt Offenburg von dem Büro Solum, Freiburg genauere Bodenuntersuchungen im zukünftigen Baufeld durchgeführt worden. Die bisherigen Ergebnisse wurde hierbei weitgehend bestätigt und werden in Absprache mit dem LRA Grundlage für die weitere Ausführung der Baumaßnahme sein.



5. Altlasten

Im Bereich der Flst.-Nr. 5384, 5385 und 5386 und den angrenzenden Böschungs- und Wegeflächen ist es am 15.10.2002 durch einen Tanklastzug-Unfall zu Bodenverunreinigungen durch auslaufendes Heizöl gekommen. Die umgehend vom Landratsamt Ortenaukreis in die Wege geleiteten Sanierungsmaßnahmen konnten in Teilbereichen der Autobahnböschung und des Wirtschaftsweges die komplett ausgeführt werden, da bautechnische Schwierigkeiten (Leitungen, Standsicherheit BABA A5) der Sanierungsmaßnahme im Wege standen. Laboranalytische Untersuchungen der entnommenen Grundwasserproben auf den Parameter Mineralölkohlenwasserstoffe zeigten jedoch keine Prüfwertüberschreitungen.

Der Ölschadensfall "BAB5, km 711.6, Fahrtrichtung Basel" wird beim Landratsamt Ortenaukreis – Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz - hinsichtlich des Wirkungspfad "Boden – Grundwasser" auf dem Beweismiveau BN5, nach durchgeführter Sanierung und anschließender fachtechnischer Kontrolle in "B= Belassen zur Wiedervorlage" eingestuft.

Die Einstufung in "Belassen zur Wiedervorlage" bedeutet, dass –vorbehaltlich der derzeitigen Nutzung des Grundstücks- kein weiterer Handlungsbedarf besteht, jedoch bei einer Änderung von bewertungsrelevanten Sachverhalten über das Verfahren erneut zu entscheiden ist.

Die Einstufung in "Belassen zur Wiedervorlage" ist demnach nicht gleichbedeutend mit der Schadstofffreiheit des Grundstücks.

V. KONZEPTION

1. Vorgaben durch das Lärmschutzgutachten

Um die lärmindernden Auswirkungen eines Lärmschutzwalles genauer zu ermitteln, gab die Gemeinde Meißenheim ein Lärmschutzgutachten in Auftrag. Dieses wurde durch das Ingenieurbüro für Schall- und Wärmeschutz Rink im Oktober 2002 erstellt. Gegenstand der Untersuchung war „eine rechnerische Ermittlung der durch den Autobahnlärm im Ortsteil Kürzell verursachten Immissionspegel und deren Vergleich mit einschlägigen Referenzwerten sowie eine Prognose der mit verschiedenen Varianten eines Schallschirmes erreichbaren Lärminderung.“

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass eine Reduzierung der Autobahnlärmeinwirkung auf den für die „Lärmvorsorge“ maßgebenden Immissionsgrenzwert (54 dB(A) ^{nachts}) durch einen Erdwall erreicht werden kann. Es wird ersichtlich, dass der Erdwall unter Maßgabe einer bestimmten Kronenhöhe und unter Berücksichtigung der vorhandenen baulichen Strukturen im Ort eine Lärminderung in der Größenordnung von 7 dB(A) bei den nächstgelegenen Wohnhäusern zur Folge hat. Im dichter bebauten Ortskern ist diese Lärminderung auf Werte in der Größenordnung von 4 dB(A) und weniger beschränkt.

Es wurde bei den Berechnungen von einem Wall mit einer autobahnseitigen Böschungsneigung von 1:1,5 und einer Wallkrone von 2 m Breite ausgegangen.

Darüber hinaus muss der Lärmschutzwall folgende Merkmale aufweisen:



- Kronenhöhe mindestens 7 m über Fahrbahnniveau der Autobahn
- Abstand des Böschungsfußes vom nächstgelegenen Fahrbahnrand der A5 mindestens 6,50 m, um den 6-spurigen Ausbau zu ermöglichen.

Sofern auf eine Verlegung der Unditz verzichtet werden soll, kann im betreffenden Streckenabschnitt der Erdwall durch eine in schalltechnischer Hinsicht gleichwertige, in der Verlängerung des Wallfußes angeordnete Lärmschutzwand ersetzt werden, deren Höhenabmessung 5,25 m aufweisen muss.

2. Lage, Erschließung und konstruktive Merkmale des Dammes

2.0 Allgemein / Vorgaben der Gemeinde

Der Bebauungsplan regelt **nicht** die Materialzusammensetzung und baukonstruktiven Elemente der zukünftigen Lärmschutzböschung. Dies bleibt dem Bauantrag und der Ausführungsplanung vorbehalten. Der Ortschaftsrat von Kürzell hat sich jedoch eindeutig dafür ausgesprochen auf den Einbau von Materialien der Klasse Z2 der LAGA 2003 zu verzichten, um ein Gefährdungspotential für das Grundwasser an dieser Stelle auszuschließen. Diese Vorgabe ist bei der weiteren Umsetzung zu berücksichtigen. Danach wird dem Einbau von Materialenklassen Z0, Z1.1. und Z1.2 nach den Regeln der LAGA 2003 und unter Überwachung eines externen Fachbüros seitens des Ortschaftsrates von Kürzell zugestimmt.

2.1 Lage und Erschließung

Die Gesamtlänge des Bauwerks beträgt ca. 1500 m.

Der Wall verläuft parallel zur Autobahn A5 in einem Abstand von 6,5 m zur äußeren Fahrbahnkante. Hierin ist bereits der später geplante Ausbau der A5 auf 6 Spuren berücksichtigt.

Am nördlichen Ende wird der Wall an die Erdrampe zur Überführung der L 118 über die A5 (bei km 710+270) angeschlossen. Am südlichen Ende geht er in die Rampe der Überführung des Wirtschaftswegs auf Grundstück 5392 über die A5 (bei km 711+820) über.

An der dem Ort Kürzell zugewandten Seite ist ein Wirtschaftsweg von 3 m Breite mit seitlichen Banketten von jeweils 0,75 m vorgesehen. Er ersetzt den momentan im Bereich des geplanten Walles verlaufenden Feldweg und dient zur Erschließung der landwirtschaftlichen Grundstücke und als Pflegeweg für den geplanten Lärmschutzwall. Der Wirtschaftsweg schließt an die schon vorhandenen Wirtschaftswege an und hat eine Länge von ca. 1440 m

Im Bereich der Engstelle zwischen dem Gewässer Unditz und der Autobahn muss die Unditz ca. 40 m nach Westen verlegt werden. Das vorhandene Brückenbauwerk in diesem Bereich entfällt und wird durch ein neues ersetzt, das als Fußgänger- und Radfahrerbrücke dient.

Beiderseits des Walls verläuft eine 2,5 m breite Mulde, die zum Auffangen und Ableiten des anfallenden Oberflächenwassers dient. Unter der Mulde wird ein Sickerstrang bis zu einer durchlässigen Kiesschicht geführt.

Querschnitt

Aus schallschutztechnischer Erfordernis muss die zukünftige Höhe des Bauwerks 7 m über dem Fahrbahnniveau der Autobahn liegen. Das Gelände liegt zur Zeit etwa 2 m unter Autobahnniveau. Daher ist zusätzlich zur Höhe des Walles dieser Höhenunterschied aufzufüllen.

Der Aufbau des Dammkörpers muss grundsätzlich die „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen – Technische Regeln“ (LAGA, 2003) erfüllen. Ein Systemschnitt ist den beigefügten Planunterlagen zu entnehmen.

➤ Grundwasser-Deckschicht

Aufgrund der hohen Grundwasserstände im Gebiet ist zuunterst der Aufbau einer „Grundwasser-Deckschicht“ aus unbelastetem Material (Z 0) notwendig. Die Schichtdicke richtet sich nach dem darüber im Dammkern eingebauten Material. Je nachdem ist von einem Einbau in einer Größenordnung zwischen 60.000 und 100.000 m³ Bodenmaterial als Grundwasser-Deckschicht auszugehen. Die Schicht muss im vorliegenden Fall mindestens 1 m betragen.

Zur Erläuterung der im Folgenden verwendeten Zuordnungswerte für Bodenmaterial seien hier kurz die wichtigsten Merkmale aufgeführt. Die verschiedenen Zuordnungswerte kennzeichnen Böden mit unterschiedlich konzentrierten Stoffgehalten:

-Boden mit dem Zuordnungswert Z 0 kennzeichnet natürlichen Boden. Bei dem Zuordnungswert Z 0 ist im allgemeinen ein uneingeschränkter Einbau von Boden möglich.

-Die Zuordnungswerte Z 1 (Z1.1 und Z 1.2) stellen die Obergrenze für den offenen Einbau unter Berücksichtigung bestimmter Nutzungseinschränkungen dar:

-Bei Einbau von Z 1.1 in den Dammkern ist unter den gegebenen Standortbedingungen über dem höchsten Grundwasserstand eine Deckschicht aus unbelastetem Material von 1m Dicke einzubauen, um den erforderlichen Mindestabstand zum Grundwasser herzustellen.

-Bei Einbau von Z 1.2 in den Dammkern ist unter den gegebenen Standortbedingungen über dem höchsten Grundwasserstand eine Deckschicht aus unbelastetem Material (Z 0) in einer Dicke von ≥ 1m einzubauen.

-Die Zuordnungswerte Z 2 stellen die Obergrenze nach der LAGA 2003 für den Einbau von Boden mit definierten technischen Sicherungsmaßnahmen dar:

-Bei Einbau von Z 2 in den Dammkern ist unter den gegebenen Standortbedingungen über dem höchsten Grundwasserstand eine Deckschicht aus unbelastetem Material (Z 0) in einer Dicke von 2m einzubauen.

➤ Dammkern

Der Dammkern kann aus vielerlei Material bestehen (vorwiegend Erdaushub und/oder aufbereitetes und gereinigtes Material). Nach der LAGA 2003 ist der Einbau von Material



bis Zuordnungsklasse Z 2 unter Berücksichtigung der entsprechenden Sicherungsmaßnahmen möglich. Wie oben bereits erwähnt, hat der Ortschaftsrat von Kürzell sich für die Reduzierung auf die Zuordnungsklasse Z1.2 ausgesprochen. Das angelieferte Material wird verdichtet.

Bauschutt wird lediglich zur Stabilisierung von Fahrwegen in einem untergeordneten Umfang in die Schüttflächen eingebaut.

Es wird ca. 95.000 – 170.000 m³ zu verdichtendes Schüttmaterial eingebaut (variiert nach der Stärke der aufgetragenen GW-Deckschicht)

➤ Randzone

Der Lärmschutzwall wird mit einer mineralischen Oberflächenabdichtung aus unbelastetem Material versehen. Je nachdem, welches Material im Dammkern eingebaut wurde, kann hier Material der Zuordnungsklasse Z 0 oder der Zuordnungsklasse Z 1 verwendet werden.

Es wird ca. 60.000 m³ zu verdichtendes Schüttmaterial eingebaut (variiert nach der Stärke der aufgetragenen GW-Deckschicht)

➤ Mutterboden

Als Abschluss wird eine Rekultivierungsschicht aus 30-50 cm Mutterboden aufgebracht. Es wird hierfür ca. 8.000 m³ Mutterbodensubstrat benötigt. Der Wall kann dann standortgemäß begrünt und bepflanzt werden.

Insgesamt werden ca. 250.000 m³ zu verdichtendes Schüttgut eingebaut



3. Unditzverlegung

Die Unditz verläuft auf Höhe Kürzell teilweise nur wenige Meter von der Autobahn entfernt. Um an dieser Stelle einen Lärmschutzwall errichten zu können, muss die Unditz um ca. 40m nach Westen verlegt werden. Dies betrifft einen Streckenabschnitt von ca. 250 m. Als Alternative dazu besteht die Möglichkeit, an dieser Stelle eine Lärmschutzwand in den Wall zu integrieren (gem. Lärmschutzgutachten erforderliche Höhe: 5,25 m).

Im vorliegenden Plan wird von einer Verlagerung der Unditz ausgegangen, die auch mit einer Aufwertung des Gewässers einhergehen wird.

Für das Vorhaben ist nach §31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und nach §64 des Wassergesetz Ba-Wü (WG) ein Planfeststellungsverfahren notwendig. Planfeststellungsbehörde ist das Landratsamt Ortenaukreis.

Das Verfahren wird parallel zum Bebauungsplan betrieben. Die erforderliche Umweltverträglichkeitsstudie inklusive der FFH-Verträglichkeitsprüfung wird derzeit (Stand: April 2003) erarbeitet.

4. Vorgehensweise bei der Schüttung

Die Schüttung soll sukzessive innerhalb der nächsten Jahre erfolgen. Dabei soll abschnittsweise, je nach Art des anfallendem Materials vorgegangen werden. Die Güteüberwachung der aufgebrachten Materialien durch ein externes Gutachterbüro muss jederzeit gewährleistet sein.

Westlich des geplanten Wirtschaftsweges wird während der Bauphase eine Lagerfläche für Mutterbodenmieten benötigt. Dieser Streifen wird nach Beendigung der Baumaßnahme wieder seiner ursprünglichen Nutzung zugeführt.

Für die Herstellung des Erdwalles wird ein Betreibermodell angestrebt, um so den Wall für die Gemeinde kostenneutral errichten zu können. Näheres dazu wird zwischen der Gemeinde und den Betreibern in einem städtebaulichen Vertrag geregelt.



VI. EINGRIFFSREGELUNG GEM. §1A BAUGB

1. Bestandsaufnahme und Bewertung

1.1 Naturraum und Geologie

Das Gebiet liegt im Bereich des Naturraums „Rand der Kinzig-Murg-Rinne“. Dabei handelt es sich um eine schwach nach Norden geneigte Niederung, die von zahlreichen Wasserläufen durchzogen ist. Kennzeichnend ist der hohe Grundwasserstand.

Das meist gleichförmige Landschaftsbild dieses Naturraumes wird durch den Wechsel von Bruchwäldern und vereinzelt Kuppen, die aus der Niederung aufragen, unterbrochen.

1.2 Böden

1.2.1 Leitböden

(Angaben nach Bodenkarte Baden-Württemberg 1:25.000; Blatt 7612 Lahr)

Die vorherrschenden Leitböden sind anzusprechen als Brauner Auenboden-Auengley aus 7-9 dm schluffigem und schwach tonigem Lehm über lehmigem Sand, insgesamt 9 bis über 12 dm mächtig und schwach kiesig auf schwach lehmigem Sand und sandigem Kies, sowie inselartig auf Niederterrassenflächen in der Unditzau: Gley, untergeordnet Parabraunerde-Gley aus 2-4 dm schluffigem Lehm über schluffig-tonigem und tonigem Lehm, vereinzelt über sandigem Lehm und tonigem Sand, insgesamt schwach kiesig und 11-14 dm mächtig auf sandigem Kies

1.2.2 Bewertung der Bodenfunktionen nach Bodenschutzgesetz

Die Bewertung erfolgte auf Grundlage der amtl. Bodenschätzungskarte mit Hilfe des Leitfadens „Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit“-Heft 31, Umweltminist. Ba.-Wü., 1990

Boden als Standort für Kulturpflanzen:

Diese Bodenfunktion wird durch die natürliche Ertragsfähigkeit des Bodens bestimmt, wobei eine hohe Ertragsfähigkeit als hohe Leistungsfähigkeit bewertet wird. Sie beschreibt die Bedeutung des Bodens für „Pflanzen verschiedener Art, für welche Saat- und Pflanzgut produziert und züchterisch bearbeitet wird, um Pflanzen als Nahrungs- und Futtermittel, Rohstoff oder als Zierpflanze nutzbar zu machen“ (Heft 31). Die Leistungsfähigkeit wird aus Kenngrößen des Wasserhaushaltes abgeleitet.

Das Gebiet weist ganz überwiegend Böden von hoher Funktionserfüllung auf; im nordöstlichen Bereich bis zur L118-Überführung, sowie an einem kleinen Bereich an der Unditz sind Böden von mittlerer Funktionserfüllung vorhanden.

Es handelt sich also überwiegend um sehr gute landwirtschaftliche Böden.

Boden als Standort für die natürliche Vegetation:

Mit dieser Bodenfunktion wird die Bedeutung als Standort für „Pflanzen verschiedener Art, die weder züchterisch bearbeitet, noch durch produziertes Saatgut verbreitet werden“ (Heft 31) beschrieben. Böden mit extremen Standorteigenschaften (trocken, feucht, nass, nährstoffarm) werden hoch bewertet, da sie die Voraussetzungen zur Ansiedlung besonders seltener und daher schutzwürdiger Vegetationsbestände bieten; ebenso Böden mit

besonders seltener Ausprägung der Standorteigenschaften und Standorte, die wenig durch menschliche Eingriffe verändert sind. „Die Leistungsfähigkeit als Lebensraum für Bodenorganismen orientiert sich am Artenspektrum von Organismen in Böden, dem flächenhaften Vorkommen von Lebensräumen für unterschiedliche Biozönosen und der Ursprünglichkeit der Lebensräume“ (Heft 31). Bestimmende Elemente zur Beurteilung sind: Ausprägung der Standorteigenschaften (Wasserhaushalt, Nährstoffangebot); Flächenhaftes Vorkommen der Böden mit ähnlicher Ausprägung; Hemerobie der Böden (Grad der menschlichen Beeinflussung);

Das Gebiet weist überwiegend Böden von mäßiger Funktionserfüllung auf; im nordöstlichen Bereich bis zur L118-Überführung, sowie an einem kleinen Bereich an der Unditz sind Böden von mittlerer Funktionserfüllung vorhanden.

Boden als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf:

Diese Bodenfunktion bezeichnet das Aufnahmevermögen von Niederschlagswasser (mögliches Infiltrationsvermögen) und die Fähigkeit zur Abflussverzögerung bzw. –verminderung (mögliche Speicherleistung). Dabei ist es ohne Belang, ob das Wasser im Boden gespeichert und über Pflanzen transpiriert werden kann, von der Bodenoberfläche verdunstet, oder zur Grundwasserspende beiträgt. Die Leistungsfähigkeit „wird aus den Kenngrößen Wasserleitfähigkeit bei Sättigung und nutzbare Feldkapazität in Verbindung mit der Luftkapazität abgeleitet. Eine Wasserspeicherung im Untergrund kann qualitativ einbezogen werden.“ (Heft 31).

Der Bereich nordöstlich der Unditzbrücke (Verlängerung der Kürzeller Hauptstraße) weist Böden von hoher Funktionserfüllung auf; der Bereich südwestlich der Unditzbrücke weist Böden von mittlerer Funktionserfüllung auf.

Boden als Filter und Puffer für Schadstoffe:

Böden besitzen die Fähigkeit, Schmutz- und Schadstoffpartikel mechanisch zu filtern, und gelöste Stoffe aus der Bodenlösung durch Absorption oder chemische Fällung weitgehend zu immobilisieren. Böden mit gutem Filter- und Puffervermögen können verhindern, dass Schadstoffe ins Grundwasser gelangen, oder über die Wurzeln von Pflanzen aufgenommen werden.

„Bestimmende Elemente der Leistungsfähigkeit eines Bodens als „Filter und Puffer“ sind die Kenngrößen der Bodenbeschaffenheit, die die Mobilität von anorganischen Schadstoffen, die Mobilität und die Abbauleistung von organischen Schadstoffen und die Säurepufferkapazität in Böden maßgeblich bestimmen. Dabei weisen die Böden eine hohe Leistungsfähigkeit als Filter und Puffer für Schadstoffe auf, welche Schadstoffe aus dem Stoffkreislauf entfernen, zurückhalten und gegebenenfalls abbauen (organische Schadstoffe) und welche eine hohe Säurepufferkapazität aufweisen. Die Leistungsfähigkeit wird abgeleitet aus pH-Wert, Humus- und Tongehalt und hydromorphen Merkmalen, sowie Carbonatgehalt der Böden.

Im Allgemeinen weisen tiefgründige ton- und humusreiche Böden eine höhere Bedeutung auf als z.B. durchlässige Sandböden.

Der Bereich nordöstlich der Unditzbrücke (Verlängerung der Kürzeller Hauptstraße) weist Böden von hoher Funktionserfüllung auf; der Bereich südwestlich der Unditzbrücke und ein kleiner Bereich an der Unditz weist Böden von sehr hoher Funktionserfüllung auf.

Boden als landschaftsgeschichtliche Urkunde:

Im Gebiet sind keine Standorte von Bedeutung vorhanden.

1.3 Wasserhaushalt

1.3.1 Oberflächengewässer

Im Geltungsbereich fließt die Unditz als Gewässer II. Ordnung. Sie durchfließt landwirtschaftlich intensiv genutztes Gebiet.

Die Unditz verläuft streckenweise nur wenige Meter von der Autobahn entfernt. Ihr Ufer ist im betroffenen Abschnitt gehölzbestanden.

Die Gewässerstruktur ist als mäßig naturfern, stellenweise als naturnah zu bezeichnen. Bei Kürzell ist die Gewässergüte der Unditz als "kritisch belastet" einzustufen (Landschaftsplan GV Schwanau-Meißenheim 2003).

Der Gewässerpflege- und Entwicklungsplan (Zweckverband Hochwasserschutz Schuttermündung, 2000) sieht im betroffenen Gewässerabschnitt die Entfernung gebietsfremder Gehölzarten sowie die Förderung standortheimischer Arten vor. Darüber hinaus schlägt er zur Schaffung einer naturnahen Gewässerstruktur die Neuanlage mehrerer gewundener Gewässerstrecken auf Kürzeller Gebiet vor.

Die Unditz ist als "Regional bedeutsames Biotop (C)" vom Regionalverband Südl. Oberrhein 1988 erfasst worden. Sie ist Bestandteil des FFH-Gebietes 715-302 "Untere Schutter" (vgl. Kap. 1.5 Biotope)

1.3.2 Grundwasser

Obwohl die Unditz als im wesentlichen grundwasseraufnehmendes Gewässer gilt, ist die Grundwasserbilanz in ihrer Umgebung positiv. Die Grundwasserneubildung aus Niederschlag liegt im Gebiet bei etwa 5-6 l/s*km²

Die dem Planungsgebiet am nächsten liegende Grundwassermessstelle (107/066-2; 3101 KUERZELL 3) weist im Mittel (1990-2002) die folgenden Werte aus:

Grundwasserstand im Mittel 1990-2002	Niedrig	Mittel	Hoch
absolute Höhen m ü. NN (Geländehöhe: 153,01 m.ü.NN)	150,56	151,14	152,84
Grundwasserstand unter Flur (m)	2,45	1,87	0,17

Das Gebiet, das auf der Nordwestseite dem Unditzlauf folgt, ist im Regionalplan (RVSO, 1995) als "Regionaler Grundwasserschonbereich" ausgewiesen.



1.4 Klima

(Angaben aus Landschaftsplan VG Schwanau-Meißenheim, 2003)

-mittlere jährliche Durchschnittstemperatur: **9°-10° C**

-Durchschnittstemperatur während der Vegetationsperiode: **15°-16° C**

-Niederschläge: **700-750 mm/Jahr**
(relative Niederschlagsarmut)

-Niederschläge während der Vegetationsperiode: **Ø 450 mm**

bei gleichzeitig hoher Verdunstung (Ø 460 mm)

-Häufige Inversionen im Spätherbst und Winter, oft mit Nebelbildung

-Hauptsächlich schwache Winde aus Süd bis West

Das Plangebiet ist durch die unmittelbare Nähe der Autobahn mit Lärm- und Schadstoffimmissionen vorbelastet.

1.5 Biotope / Vegetation

1.5.1 Potentiell-natürliche Vegetation:

Feuchter Sternmieren-Stieleichen-Hainbuchenwald mit Seegras und Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Auwald.

Wichtige Bäume und Sträucher dieses Vegetationskomplexes sind: Stiel-Eiche, Hainbuche, Gemeine Esche, Traubenkirsche, Schwarz-Erle, Berg-Ahorn (teilweise eingebracht), Winter-Linde, Hasel, Rotdorn, Gemeiner Schneeball, Gemeine Heckenkirsche, Schlehe, Faulbaum, Grau-Weide.

1.5.2 Vorhandene Vegetation und Nutzungen:

Die Bestandsaufnahme erfolgte im Dezember 2002.

Das Gebiet wird zum überwiegenden Teil ackerbaulich genutzt. Daneben sind mehrschürriges Grünland sowie Obstwiesenparzellen anzutreffen, deren Gehölzbestände allerdings nicht bis an den geplanten Lärmschutzwall heranreichen. Es sind im Geltungsbereich nur sehr wenige, vereinzelt stehende Obstbäume vorhanden.

Die Unditz weist im Plangebiet an ihren Ufern schütterten Gehölzbewuchs auf. Stellenweise sind standortfremde Arten anzutreffen. Im Bereich des direkt benachbart zur Autobahn verlaufenden Unditzabschnitts setzt sich der Bestand aus dichter stehenden Bäumen und Sträuchern zusammen. Er befindet sich dort teilweise auf erdwallartigen Aufschüttungen entlang des Unditzufers.

Die Böschung entlang der Autobahn A 5 ist abschnittsweise mit Gebüschgruppen und heckenartiger Vegetation bepflanzt.

Die großen Böschungen an den Überführungen der L118 im Norden und am Wirtschaftsweg im Süden sind dicht mit einheimischen Bäumen und Sträuchern bestanden.

1.5.3 Biotope, Schutzstatus

Die Gehölzbestände an den Böschungen der nördlichen und südlichen Überführung über die Autobahn sind geschützte Biotope gem. §24a NatSchG B.-W. Beide sind mit der Nr. 5204 bezeichnet (Feldhecken und Feldgehölze)

Sie sind charakterisiert als sehr strukturreiche mit zahlreichen Arten bepflanzte Brückenböschungen, in denen vor allem Ulme und Vogelkirsche seit der Pflanzung ihren Anteil erhöhen konnten. Der geplante Lärmschutzwall schließt an diese Böschungen an.

Das Gebiet, das südöstlich dem Unditzlauf folgt, ist im Regionalplan (RVSO, 1995) als "Regionaler Grünzug" ausgewiesen. Das Plangebiet liegt somit zum großen Teil innerhalb des Regionalen Grünzugs.

Die Unditz ist als "Regional bedeutsames Biotop (Nr. 449; C)" vom Regionalverband Südl. Oberrhein 1988 erfasst worden.

Die Unditz ist außerdem Bestandteil des FFH-Gebietes 715-302 "Untere Schutter". Dieses Gebiet beinhaltet sowohl die Unditz, als auch das weiter südlich auf Schwanauer Gemarkung liegende NSG "Waldmatten".

Im Gebiet vorkommende Lebensräume gem. FFH-Richtlinie sind: Pfeifengraswiesen, mageres Flachland-Mähwiesen, Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwald, Auwälder mit Erle, Esche, Weide (prioritär) – wobei davon im Bereich des Bebauungsplangebietes allenfalls Flachland-Mähwiesen und Auwaldstreifen anzutreffen sind.

Im Gebiet vorkommende Tier- und Pflanzenarten nach Anhang II der FFH-Richtlinie sind: Gemeine Flussmuschel (*Unio crassus*), Grüne Keiljungfer (*Ophiogomphus cecilia*), Großer Feuerfalter (*Lycaena dispar*), Bitterling (*Rhodeus sericeus amarus*), Grünes Besenmoos (*Dicranum viride*).

Die Auswirkungen der geplanten Unditzverlegung werden ausführlich im Rahmen der zur Zeit im Zuge des Wasserrechtsverfahrens in Bearbeitung befindlichen Umweltverträglichkeitsstudie und der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung untersucht. Der erforderliche Ausgleich für die Eingriffe in die Unditz wird im Rahmen dieser Untersuchungen ermittelt. Auf die Ergebnisse sei hier verwiesen.

1.6 Landschaftsbild

Das Plangebiet verläuft parallel zur Autobahn in einer weitgehend strukturarmen Landschaft. Das Gelände ist nahezu eben. Die lediglich vereinzelt stehenden Obstbäume im Geltungsbereich haben keine nennenswerte Wirkung bezüglich des Landschaftsbildes; die dichteren Bestände befinden sich außerhalb des Gebietes.

Hervorzuheben sind die bepflanzten Böschungen, die das Gebiet zu den Straßen hin eingrenzen, sowie vor allem der Lauf der Unditz, der durch seine Ufergehölze die Landschaft etwas stärker strukturiert und räumliche Bezüge herstellt.



2. Bewertung der Eingriffe

2.1 Gesetzliche Vorgaben

Eingriffstatbestand ist nach § 18 BNatSchG die Veränderung der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen kann. Das Verhältnis zum Baurecht beschreibt § 1a BauGB in Verbindung mit § 21 BNatSchG. Das Verfahren zur Eingriffsregelung wird in den §§ 20 und 21 BNatSchG, in Verbindung mit den §§ 10 und 11 NatSchG Baden-Württemberg geregelt.

Mögliche Eingriffe infolge der geplanten Maßnahme sind in der Reihenfolge Vermeidung / Minimierung, Ausgleich, Ersatz abzuarbeiten.

Nach § 11 Abs. 2 NatSchG ist ein Eingriff ausgeglichen, wenn nach seiner Beendigung keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts zurückbleiben und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist.

Mit der Möglichkeit einer räumlichen und zeitlichen Trennung von Eingriff und Ausgleich (Ökokonto) ist in Hinblick auf die Möglichkeiten zur Kompensation ein gewisser Spielraum geboten. Auch ist die strenge Unterscheidung zwischen Ausgleich und Ersatz nicht mehr zwingend geboten.

Das Verfahren unterliegt dem bauplanungsrechtlichen Abwägungsgebot nach § 1a BauGB. Daher kann die prinzipiell gebotene vollständige Kompensation zu erwartender Eingriffe in der Abwägung überwunden werden, falls als gleichwertig erachtete Belange denen von Natur und Landschaft entgegenstehen. Damit besteht zwar keine strikte Verpflichtung zur Kompensation, doch erhalten die Belange von Natur und Landschaft entsprechend den in § 1 (5) Satz 1 formulierten Ziele ein erhöhtes inneres Gewicht, womit der Gesetzgeber im Rahmen der Gesamtabwägung eine weitestgehende Kompensation der Eingriffe fordert.

2.2 Eingriffsnachweis

Die geplante Maßnahme stellt ein Vorhaben dar, das naturschutzrechtlich als Eingriff angesehen werden muss. Durch Geländemodellierung und sonstige Flächeninanspruchnahme wird die Bodengestalt in der Art verändert, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbilds erheblich und nachhaltig beeinträchtigt werden kann.



2.3 Flächen im Geltungsbereich

Nutzung (Bestand)	Flächengröße (ha)
Ackerflächen	ca. 1,84
Wiesen	ca. 2,47
flächige Gehölzbestände	ca. 0,26
Gehölzstreifen am Gewässerrand (Unditz)	ca. 0,15
bepflanzte Böschungen entlang der Autobahn	ca. 0,88
bepflanzte große Überführungsböschungen	ca. 0,13
Wasserfläche (Unditz)	ca. 0,17
Grassäume / unbefestigte Randstreifen	ca. 0,52
Wirtschaftswege – unbefestigt (Feldweg)	ca. 0,35
Wirtschaftswege – asphaltiert	ca. 0,07
landwirtschaftliche Nebengebäude	ca. 0,02
Gesamt (Geltungsbereich)	ca. 6,86

2.4 Geplante Versiegelung

2.4.1 Neuversiegelung

Neuversiegelung / Teilversiegelung	Flächengröße (ha)
neuer Wirtschaftsweg	ca. 0,36
Bankett	ca. 0,23

Der parallel zum Wall geplante neue Wirtschaftsweg inklusive seiner Anschlüsse hat eine Fläche von ca. 0,43 ha, das entspricht einer Neuversiegelung von ca. 0,36 ha, zuzüglich ca. 0,23 ha seitliche Bankettstreifen. Der schon vorhandene, entfallende Wirtschaftsweg bestand als unbefestigter Feldweg.



2.4.2 Überdeckung durch den Dammkörper

Von einer Versiegelung im herkömmlichen Sinne, wie sie etwa durch Bebauung oder Straßenbau entsteht, kann bei der geplanten Maßnahme 'Lärmschutzwall' nicht ausgegangen werden. Zum Schutz des hochanstehenden Grundwassers wird jedoch unterhalb des Dammkörpers eine Deckschicht aus unbelastetem Erdmaterial eingebaut. Der darüber liegende Dammkörper wird zusätzlich verdichtet, so dass das anfallende Regenwasser zum überwiegenden Teil am Damm abfließen und in die neben dem Damm verlaufenden Versickerungsmulden geleitet wird.

Die vom Dammkörper überdeckte Fläche beträgt ca. 4,28 ha.



2.5 Biotopflächenbilanz zur Abschätzung des Ausgleichsflächenbedarfs für Biotope

Nachfolgend wird der Eingriff in die Biotopausstattung dargestellt und rechnerisch nach Punkten bewertet. Dabei sind jeweils die Wertigkeiten vor und nach der Ausführung des geplanten Vorhabens gegenübergestellt.

Zugrundegelegt wird der Eingriff durch die Wallschüttung und den Wegebau.

***Der Eingriff durch die geplante Unditzverlegung wird an anderer Stelle (Planfeststellung gemäß wasserrechtl. Vorgaben) ermittelt und ist gegebenenfalls gesondert auszugleichen!**

(* Die Einteilung in Wertstufen wurde in Anlehnung an KAULE (1990)/ LfU (1997) mit einer 5-stufigen Skala vorgenommen: o. Biotopwert – gering – mittel – hoch - sehr hoch)

BESTAND					PLANUNG				
ha	Nutzung / Biototyp	Wertstufe*	Faktor	Punktwert	ha	Nutzung / Biototyp	Wertstufe*	Faktor	Punktwert
0,44	asphaltierte Flächen, Feldwege; baul. Anlagen	ohne Biotopwert	0	0	1,65	Verkehrsfläche Wirtschaftsweg und Reservefläche für Autobahnerweiterung	ohne Biotopwert	0	0
2,36	unbefestigte Saumstreifen; Ackerflächen	gering/4	1	(2,36)	---	---	gering/4	1	---
Schwelle der Eingriffserheblichkeit für Biotopstrukturen (nach LfU, 1997)									
3,35	Wirtschaftswiesen; gehölzbestandene Böschungen entlang der Autobahn	mittel/5	2	6,70	4,28	mit Gehölzen bepflanzter Lärmschutzwall	mittel	2	8,56
0,39	flächige Gehölzbestände, gehölzbestandene große Überführungsböschungen;	hoch /6	3	1,17	---	---	hoch /6	3	---
* 0,32	* (Unditz mit Gewässerrandstreifen)	* (hoch /6)	* (3)	* (0,96)	* 0,93	* (neuer Unditzlauf mit Gewässerrandstreifen und umgebenden Wiesen)	* (hoch /6)	* (3)	* (2,79)
Gesamt									
6,86				7,87	6,86				8,56

Differenz Punktwert Bestand und Planung 7,87 zu 8,56 = + 0,69 unter Berücksichtigung der Schwelle der Eingriffserheblichkeit Die Eingriffe in die Biotopstrukturen sind damit ausgeglichen, entfallende Vegetationsbestände werden durch Strukturreichtum des bepflanzten Walles ersetzt



2.6 Gesamtbilanz Eingriff / Ausgleich für alle betroffenen Naturraumpotentiale

In der folgenden Tabelle werden den Eingriffen durch das Vorhaben die Maßnahmen zu Vermeidung/Minimierung, Ausgleich und Ersatz zugeordnet:

Nr.	Bedeutung	Beeinträchtigung	Verlust (ha)	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich	Ersatz	Defizit
BODEN							
1	hoch (- mittel)	Verlust/Beeinträchtigung als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	ca. 4,87	---	Versickerung von Regenwasser in seidl. Mulden	---	---
2	hoch (- mittel)	Verlust als Standort für Kulturpflanzen	ca. 4,87	---	---	---	x
3	mäßig (- mittel)	Verlust als Standort für die natürl. Vegetation	ca. 0,59	---	Anpflanzen von Rasen und Gehölzen auf Lärmschutzwall	---	---
4	hoch (- sehr hoch)	Verlust als Filter und Puffer für Schadstoffe (Diese Bodenfunktion geht im Falle einer Versiegelung nur indirekt verloren, da die Schutzfunktion für das Grundwasser in anderer Form erhalten bleibt)	ca. 4,87	Erhalt der Deckschichten	Einbau zusätzlicher Deckschichten unter Walkkörper	---	---
GRUNDWASSER							
5	mittel	Verlust/Beeinträchtigung von Flächen für die Grundwasserneubildung	ca. 4,87	---	Versickerung von Regenwasser in seidl. Mulden	---	---
6	hoch	Beeinträchtigung d. Grundwasserschutzfunktion	---	Erhalt der Deckschichten	Einbau zusätzlicher Deckschichten unter Walkkörper	---	---
7	OBERFLÄCHENGEWÄSSER - Eingriffe in die Untertiefe werden im Rahmen gesonderter Untersuchungen ermittelt -						
BIOTOP – und ARTENSCHUTZ							
8	hoch	Verlust von Biotopstrukturen mit hoher Bedeutung	ca. 0,39	---	Anpflanzen von Gehölzen auf Lärmschutzwall	---	---
9	mittel	Verlust von Biotopstrukturen mit mittlerer Bedeutung	ca. 3,35	---	siehe 8	---	---
10	gering	Verlust von Biotopstrukturen mit geringer Bedeutung	ca. 2,36	---	siehe 8	---	---



Nr.	Bedeutung	Beeinträchtigung	Verlust (ha)	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich	Ersatz	Defizit
KLIMA							
11	gering	Beeinflussung des Lokalklimas durch Wall als Barriere	nicht quantifizierbar	---	wird durch abschirmende Wirkung gegenüber der Autobahn positiv ausgeglichen	---	---
LANDSCHAFTBILD							
12	gering	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Lärmschutzwall	nicht quantifizierbar	---	Aufwertung durch Gehölzpflanzung auf Wall durch Einbringen zusätzlicher Vegetationsstrukturen	---	---

2.7 Zusammenfassung

Die durch das Vorhaben betroffenen Funktionen von Natur und Landschaft sind was den Boden und den Wasserhaushalt betrifft von hoher bis mittlerer Bedeutung. Die Schutzfunktion für das Grundwasser bleibt jedoch erhalten, da zusätzliche Deckschichten eingebracht werden. Von hoher Bedeutung ist der Boden für die Landwirtschaft. Hier verbleibt ein Defizit.

Die verloren gehenden Vegetationsstrukturen werden durch die Neupflanzungen auf dem Lärmschutzwall vollständig ersetzt.

Eingriffe in das Landschaftsbild sowie in das kleinklimatische Gefüge (jeweils nur geringe Funktionserfüllung) werden durch die Anlage des Schutzwalles mit der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern ausgeglichen.

Nach Durchführung der oben beschriebenen Maßnahmen verbleibt lediglich in Bezug auf die Bodenfunktion „Standorte für Kulturpflanzen“ ein Defizit.

Ziel der landschaftspflegerischen Maßnahmen ist es, dass nach Beendigung des Eingriffs keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts verbleiben und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt ist. Dieses Ziel wird mit der oben genannten Ausnahme erreicht.

Unter der Voraussetzung, dass der Eingriff durch die geplante Untertunnelverlegung an anderer Stelle (Planfeststellung gemäß wasserrechtl. Vorgaben) ermittelt wird und dann gegebenenfalls gesondert auszugleichen ist, kann der Eingriff durch die geplante Maßnahme somit als kompensiert im Sinne des Naturschutzgesetzes BW. gewertet werden.

VII. GRÜNORDNUNG

Das Bebauungsplangebiet liegt am östlichen Ortsrand von Kürzell. Durch die geplante Maßnahme soll der Ort von den Belastungen durch die nahe vorbeiführende Autobahn entlastet werden.

Es ist vorgesehen, den Wall mit standortgerechten, einheimischen Bäumen und Sträuchern in Gruppen – immer wieder aufgelockert durch gehölzfreie, rasenbewachsene Abschnitte – zu bepflanzen. Die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern soll schwerpunktmäßig auf der dem Ort zugewandten Seite des Walles liegen. Der bepflanzte Lärmschutzwall soll für die Anwohner von Kürzell nicht nur als Schutz vor den Auswirkungen der Autobahn, sondern auch als ein nutzbarer Feiraum in unmittelbarer Wohnumgebung dienen. Bei der Auswahl der Pflanzen zur Begrünung des Lärmschutzwalls muss auf Tiefwurzler verzichtet werden, wenn die Gefahr einer Durchwurzelung von Schutzschichten besteht.



Baumarten:

Gemeine Esche
Bergahorn
Spitzahorn
Winterlinde
Stieleiche

Fraxinus excelsior)
Acer pseudoplatanus)
Acer platanoides)
Tilia cordata)
Quercus robur)

Straucharten:

Feldahorn
Erlenheister
Hainbuche
Hasel
Pfaffenhütchen
Heckenkirsche
Traubenkirsche
Schwarzer Holunder
Gemeiner Schneeball
Wolliger Schneeball
Kornelkirsche
Roter Hartriegel
Purpurweide

(Acer campestre)
(Alnus glutinosa)
(Carpinus betulus)
(Corylus avellana)
(Euonymus europaeus)
(Lonicera xylosteum)
(Prunus padus)
(Sambucus nigra)
(Viburnum opulus)
(Viburnum lantana)
(Cornus mas)
(Cornus sanguineum)
(Salix purpurea)

Achtung: Tiefwurzler nur bedingt einsetzbar.

Pflege der Gehölze: Auslichten nach Bedarf ca. alle 5 Jahre

Die dazwischenliegenden Flächen werden als Rasenflächen ausgebildet.

Pflege der Rasenflächen: Mahd 2x/Jahr mit Abfuhr des Schnittguts, keine Düngung.

Die Unterhaltung der autobahnseitigen Dammböschung ist der Straßenbauverwaltung abzulösen. Eine vertragliche Vereinbarung bezüglich der Unterhaltung der Bepflanzung ist zwischen der Straßenbauverwaltung und der Gemeinde zu treffen.

VIII. ENTWÄSSERUNG

Beiderseits des Walls verläuft eine 2,5 m breite Mulde, die zum Auffangen und Ableiten des anfallenden Oberflächenwassers dient. Unter der Mulde wird ein Sickerstrang bis zu einer durchlässigen Kiesschicht geführt. Der neu anzulegende Wirtschaftsweg entwässert über das Bankett in die nordwestlich sich anschließenden landwirtschaftlichen Flächen.

Die Kosten für die Anlage der Sickerstränge sind Bestandteil der Erstellungskosten des Lärmschutzwalles.

IX. FLÄCHENBILANZ

Geltungsbereich des Bebauungsplanes

6,86 ha

davon:



Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Lärmschutzwall) *	4,28 ha
Verkehrsfläche – Wirtschaftsweg *	0,66 ha
Verkehrsfläche – Autobahnerweiterung *	0,99 ha
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen - Unditzbereich	0,79 ha
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen – Lärmschutzwall *	4,28 ha
Wasserfläche - neuer Unditzlauf	0,14 ha
Ver-/Entsorgungsfläche - Entwässerungsmulden *	0,77 ha

* Die Flächen überlagern sich teilweise

X. KOSTENSCHÄTZUNG

Anfallende Vorlaufkosten wie Grunderwerb, Verlagerung der Unditz, etc. und andere in Verbindung mit der Maßnahme entstehende Kosten werden im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages (Betreibermodell) auf den Betreiber übertragen und abgegolten, so dass der Gemeinde voraussichtlich keine Kosten entstehen.

XI. BODENORDNUNG

Der Bebauungsplan bildet die Grundlage zur Durchführung bodenordnerischer Maßnahmen. Die Gemeinde ist bemüht, das Gelände durch Ankauf auf freiwilliger Basis bereit zu stellen. Anfallende Kosten werden den Erstellungskosten für den Lärmschutzwall zugerechnet.

Meißenheim, den

30. Sep. 04

Bürgermeisterin Kleis

Freiburg, im Mai 2003
im April 2004
im Sept. 2004

Dipl.-Ing. Reinhold Goldenbaum